



Stadt Heidelberg

Herrn Oberbürgermeister Prof. Dr. Eckart Würzner

per E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de

Rathaus, Marktplatz 10
69117 Heidelberg
Tel: +49 (6221) 58-4717-0

Derek Cofie-Nunoo, Fraktionsvorsitzender
Anja Gernand, stellv. Fraktionsvorsitzende
Christoph Röthfuß, stellv. Fraktionsvorsitzender
Dr. Ursula Röper, stellv. Fraktionsvorsitzende

Dr. Marilena Geugjes, Felix Grädler,
Sahin Karaaslan, Dr. Dorothea Kaufmann,
Dr. Nicolás Lutzmann, Dr. Luitgard Nipp-Stolzenburg,
Kathrin Rabus, Julian Sanwald, Anita Schwitzer,
Bülent Teztiker, Manuel Steinbrenner, Frank Wetzel

geschaeftsstelle@gruene-fraktion.heidelberg.de
www.gruen4hd.de

Heidelberg, 19.09.2023

Tagesordnungspunkt Gemeinderat – Verkehrsberuhigung „Am Dorf“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates stellen die Unterzeichner gem. § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg den Antrag, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

1. Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat über die Gründe, warum von der Umsetzung eines "lebendigen verkehrsberuhigten Bereichs" im Quartier „Am Dorf“ in Kirchheim wieder Abstand genommen wurde, obwohl dies den Anwohner*innen bereits 2021 zugesagt wurde.
2. Die Verwaltung prüft, welche Maßnahmen ergriffen werden müssten, um die Voraussetzungen zu schaffen, doch einen verkehrsberuhigten Bereich ausweisen zu können und evaluiert die Möglichkeiten, diese Maßnahmen umzusetzen.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, sämtliche Möglichkeiten zur Verkehrsberuhigung auszuschöpfen und diese bis spätestens zum Jahresende umzusetzen, inklusive Sondergenehmigungen oder Feldversuche.
4. Der Oberbürgermeister setzt sich beim Bund dafür ein, dass Kommunen mehr individuelle Möglichkeiten zur Verkehrsgestaltung, vor allem bei der Einrichtung von verkehrsberuhigten Bereichen, erhalten.

Begründung

Die Situation im Gebiet "Am Dorf" ist für die Anwohner*innen mehr als unbefriedigend. Ein Kind ist in einen Unfall verwickelt, die Anwohner*innen erhalten von der Verwaltung die Zusage, dass ein verkehrsberuhigter Bereich eingerichtet wird und dann geschieht: nichts! Erst als wieder ein Kind angefahren wird, erfahren die Anwohner*innen, dass die Verwaltung den zugesagten verkehrsberuhigten Bereich gar nicht umsetzen wird. Die Informationen hätten viel früher und proaktiv kommen müssen und die dann möglichen Maßnahmen auch. Diese Maßnahmen müssen nun mehr als zügig umgesetzt werden. Wie der zweite schwere Unfall mit einem Kind innerhalb von wenigen Jahren deutlich macht, herrscht hier Gefahr in Verzug!